

der

# Rauk



**SPD** – Kierspe 12.97



Liebe Kiersper Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir wenden uns in dieser Vorweihnachtszeit mit nicht immer erfreulichen Themen an Sie. Denn viele Probleme treiben uns alle um: Die Sorge um Arbeitsplätze, die Belastung durch hohe Steuern und Abgaben, die Angst vor unsicheren Renten und das alles bei völlig leeren öffentlichen Kassen. Die Bonner Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP reagiert auf all das kopf- und konzeptlos!

Auch bei uns in Kierspe sieht es nicht anders aus:

- Immer größere Löcher klaffen im Verwaltungshaushalt durch weniger Gewerbesteuereinnahmen, aber auch durch Versäumnisse der Stadtverwaltung. Der neue Beigeordnete und Kämmerer Frank Emde, der als erste Amtshandlung in der vorigen Woche eine Haushaltssperre anordnen mußte, ist um seinen Job nicht zu beneiden.
- Wir brauchen dringend attraktive, möglichst günstig finanzierbare und schnell realisierbare Gewerbeflächen, um für Kiersper Bürgerinnen und Bürger Arbeitsplätze zu schaffen.

Und wie reagieren die Politiker der CDU und UWG-Fraktionen auf diese Probleme? Genauso kopf- und konzeptlos wie in Bonn. Da wird z. B. im Ausschuß für Stadtentwicklung, Planung und Wirtschaftsförderung Anfang des Jahres gemeinsam mit allen Parteien ein interkommunales Gewerbegebiet mit Meinerzhagen beschlossen. Vier Wochen später zieht die CDU-Fraktion einen neuen Antrag aus der Tasche. Jetzt heißt es: kein interkommunales Gewerbegebiet, sondern ein Gewerbegebiet in Höhlen/Beerenburg, ohne über die Finanzierbarkeit und die Verkehrsfolgen nachzudenken.

Die 13 Ratsfrauen und -männer der SPD-Fraktion haben gemeinsam mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Experten ein durchdachtes Konzept entwickelt (nachzulesen auf S. 4 bis 7).

Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, daß Sozialhilfeempfänger nach Möglichkeit in Arbeit kommen. Das ist wichtig für diese Menschen und wichtig für unsere überstrapazierten Kassen! (siehe S. 10 und 11)

Unsere Position zur Rentendiskussion können Sie auf S.12 und 13 nachlesen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir möchten Sie in diesem RAUK über unsere Arbeit informieren, Sie für unsere Politik interessieren und Ihnen trotz aller Sorgen eine schöne Adventszeit wünschen.

Peter Gane



## Wohin mit den Gewerbegebieten?



Seit nahezu 10 Jahren wird in Kierspe an einem neuen Flächennutzungsplan (FNP) gearbeitet, der den Rahmen für die Stadtentwicklung der nächsten 10-15 Jahre abstecken soll. Das bis heute noch kein entscheidungsreifer Entwurf auf dem Tisch liegt, hat in erster Linie der heutige Stadtdirektor und frühere Dezernatsleiter Heinrich Hüther zu verantworten.

Inzwischen haben sich die Ausgangsdaten für die Planung entscheidend verändert. So stieg zum Beispiel die Einwohnerzahl Kierspes von ca. 1500 Ende 1987 auf heute nahezu 1800, eine Zahl, die nach den Planentwürfen erst etwa im Jahr 2005 mit zusätzlichen Wohnbauflächen erreicht werden sollte.

Diese Menschen fanden aber Platz im Rahmen des alten FNP und der ist immer noch nicht voll ausgeschöpft.

Dieses Beispiel zeigt, daß sich der Flächenbedarf durch intelligentes Vorgehen stark verringern läßt. Man kann unterstellen, daß auch bei den Gewerbeflächen im alten FNP noch etliche Reserven sind. Selbst Experten stochern da im Nebel. So kam das von der Stadt beauftragte Planungsbüro Zimmermann bei der Bedarfsrechnung auf eine Bandbreite von 8-28ha. Die Bezirksaufsicht hat davon 21ha zusätzliche Flächenausweisung genehmigt.

Der Streitpunkt bzw. das Problem ist jetzt: Wo soll diese Fläche ausgewiesen werden?

In den Beratungen zum FNP zeigte sich schon sehr früh, daß es schwierig ist, in Kierspe noch große zusammenhängende Gewerbeflächen zu finden: Entweder ist deren Erschließung zu teuer oder sie liegen in Landschafts- oder Wasserschutzzonen und/oder sie führen zu einer weiteren erheblichen Belastung der Kölner Straße.

Diese Erkenntnis führte mit zu der Entscheidung, gemeinsam mit der Stadt Meinerzhagen das gleiche Büro für die Erarbeitung der Flächennutzungspläne beider Städte zu beauftragen. Dies sollte gewährleisten, daß die Entwicklungen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Eine Maßnahme, die die gute inhaltliche Zusammenarbeit der beiden Städte unterstreicht und den Blick über die Kirchturmspitzen lenkt.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die SPD-Fraktion die von dem Planungsbüro Zimmermann und der Kiersper Verwaltung vorgeschlagene Lösung:

1. ca. 17ha im interkommunalen Gewerbegebiet mit Meinerzhagen bei Grünewald an der Autobahn und B54, dem auch der Rat der Stadt Meinerzhagen zugestimmt hat (Meinerzhagen wird mit 8 ha beteiligt)
2. für den kurzfristigen Bedarf bei Neuenhagen noch ca. 5ha auszuweisen und zu erschließen, wenn die Kosten in einem vertretbaren Verhältnis zur nutzbaren Fläche stehen

Damit schöpfen wir den großzügig kalkulierten Rahmen für Gewerbeflächen voll aus.

Sicher wäre auch uns eine Fläche lieber, die näher an der Autobahnauffahrt in Richtung Kierspe liegt, aber das war unter den gegebenen Bedingungen nicht machbar. Wir müssen uns nach der Decke strecken. Aus unserer Sicht sprechen wichtige Gründe für das interkommunale Gebiet:



1. Dieses Gebiet ist wegen der Autobahnnähe attraktiv für potenzielle Neu-Investoren auch von außerhalb.
2. Die beiden Städte können relativ unproblematisch Eigentümer dieser Flächen werden, weil diese nicht durch eine landwirtschaftliche Nutzung blockiert sind wie manche andere Flächen in Kierspe.
3. Die **verkehrliche Erschließung** ist wegen der direkten Lage an der B54 preiswert möglich und die **entwässerungstechnische Erschließung** ist nicht schwieriger als bei Flächen in Kierspe.
4. **Interkommunale Gewerbegebiete** werden zur Zeit noch von der Landesregierung finanziell gefördert.

Wenn de mich frags,  
interkommunal



ist der 1. Schritt  
zur Globalisierung



5. Zusätzlicher **Schwerlastverkehr auf der Kölner Straße** und im Meinerzhagener Stadtgebiet wird **vermieden**.
6. Das interkommunale Gewerbegebiet Grünewald steht im Einklang mit den übergeordneten Zielsetzungen der Landes- und Bezirksplanung. Das bedeutet im Klartext: Die **Zustimmung der Aufsichtsbehörden ist gesichert** und damit wird die **Umsetzung des Plans schneller** möglich sein als bei allen anderen Lösungen.
7. Die Verwaltung eines interkommunalen Gewerbegebietes ist durch eine gemeinsame Betreibergesellschaft der beiden Städte leicht zu bewerkstelligen. Es gibt schon Bereiche, wo die Zusammenarbeit gut funktioniert:



- die gemeinsame Sparkasse
- die Sonderschule Volmetal
- die Volkshochschule
- die Arbeitsgemeinschaft Abfall
- die Abstimmung der Schulentwicklungspläne zur Sicherstellung eines möglichst breiten Schulangebots

Wir sind gegen ein Gewerbegebiet Beerenburg-Höhlen:

1. weil wir eine **erhebliche Belastung der Kölner Straße durch den Schwerlastverkehr** befürchten, denn die von der CDU und UWG diskutierte Anbindung über Meinerzhagen oder Marienheider Gebiet ist völlig unrealistisch.
2. Die **Erschließung** ist in jeder Variante sehr **aufwendig und damit teuer**. Die Stadt muß es vorfinanzieren. Woher will sie das Geld nehmen, es fehlt jetzt schon an allen Ecken und Enden.
3. Das **Gewerbegebiet stellt einen neuen Siedlungsansatz in unmittelbarer Nähe des Naherholungsgebietes Arney** dar und es **bedeutet einen erhöhten Freiraumverbrauch einer schutzwürdigen landschaftlich attraktiven Lage**. Damit besteht die Gefahr, daß diese Flächen von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden, dann stehen wir in Kierspe mit leeren Händen da.

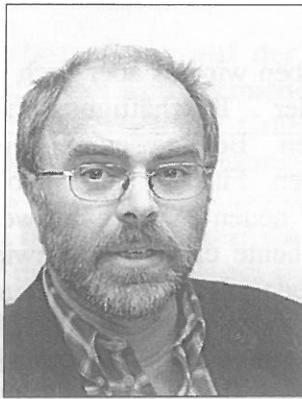
Abschließend läßt sich mit Horst vom Hofe feststellen: Gäbe es eine gemeinsame Volmestadt, wäre es keine Frage, wo der Schwerpunkt der gewerblichen Ansiedlungspolitik zu liegen hätte!

Neben diesen Fragen haben wir uns aber auch in Kierspe verstärkt mit der Verschiebung der Beschäftigungsentwicklung aus dem industriellen/gewerblichen Bereich zum Dienstleistungssektor zu befassen. Wir benötigen Flächen innerhalb des schon bebauten Stadtgebietes für diese neuen Wirtschaftszweige. So kann es nicht angehen, daß von den heute ca. 5ha ausgewiesenen Gewerbeflächen hinter „BREMI“ 3ha wieder als Grünflächen eingestuft werden sollen. Außerdem benötigen wir eine rechtskräftige Überplanung der Flächen im Dreieck Kölner Straße/Heerstraße (Wernscheidsche Weiden) unter den oben genannten Gesichtspunkten. Stadtplanung und Wirtschaftsförderung für heute muß Schluß machen mit privater Gefälligkeitsplanung und darf sich nicht auf den Blickwinkel des industriell/gewerblichen Sektors beschränken. Weder zusätzliche Arbeitsplätze noch höhere Gewerbesteuererinnahmen sind vonnehmlich hier zu erwarten. Schon heute ist die Sparkasse unser bester Gewerbesteuerzahler.

Karl-Heinz Kraus  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Stadtentwicklung, Planung und  
Wirtschaftsförderung

Ulrich Duffe  
Fraktionsvorsitzender

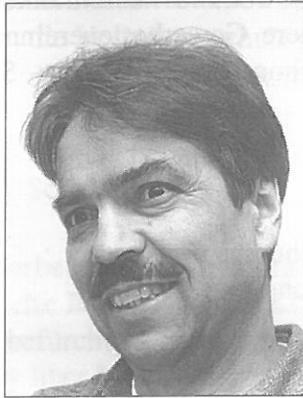




**ULRICH DUFFE**  
SCHMIEDESTRASSE 19  
TEL.: 3919



**VOLKER EKLÖH**  
VORTH 2  
TEL.: 4481



**KARL-HEINZ KRAUS**  
HUSARENWEG 2  
TEL.: 3466



**ERICH MÜRMAN**  
WILBRINGHAUSENER STRASSE 31  
TEL.: 6361



**KARIN DERKSEN**  
LINDENSTRASSE 2  
TEL.: 290195



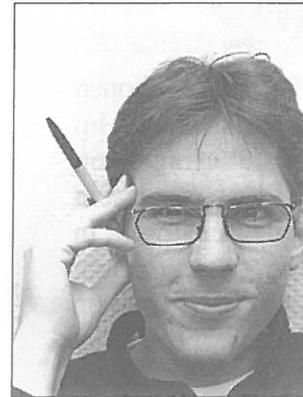
## DAS SPD-TEAM IM KIERSPER RAT



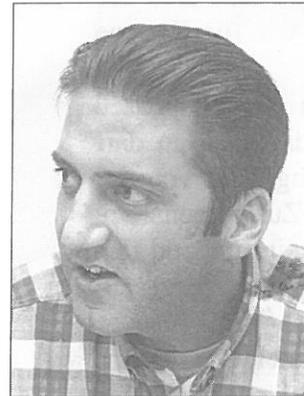
**HEIDELINDE WIELAND**  
IN DER GRÜNE 11  
TEL.: 7673



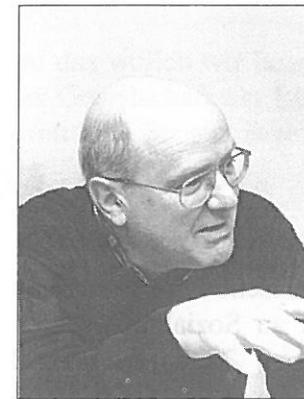
**MRIE-LUISE FRICKE**  
HAUNERBUSCH 40  
TEL.: 4254



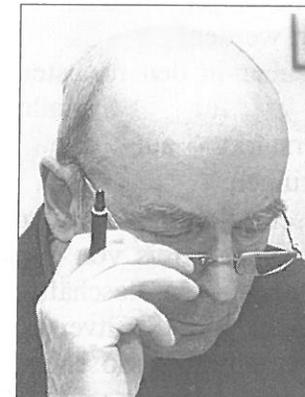
**OLIVER BUSCH**  
HUMECKE 31  
TEL.: 2778



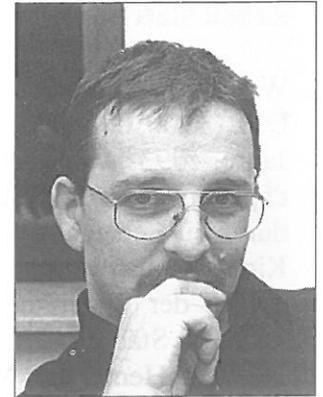
**VOLKER GOGOLL**  
AM NÖCKLENBERG 1  
TEL.: 2679



**FRIEDRICH VOSWINKEL**  
KERSPEWEG 13  
TEL.: 02269/565



**BERNHARD SCHNAPP**  
AM HEDBERG 19  
TEL.: 3861



**MICHAEL BRÜCK**  
KIERSPERHAGEN  
TEL.: 1304



**PETRA CRONE**  
HINTERSTE VORNBERG 3  
TEL.: 3698





## Arbeit statt Sozialhilfe

Wußten Sie, daß im Märkischen Kreis im Jahre 1997 100 Millionen DM (=100 000 000DM) an Sozialhilfe gezahlt werden mußten? Im Jahre 1993 waren es noch 72,2 Millionen DM. Dann folgte ein explosionsartiger Anstieg der bis heute ungebrochenen ist - verursacht durch eine ebenfalls dramatische Zunahme von Langzeitarbeitslosen. In Kierspe selbst waren im August 614 Personen betroffen, das entspricht 3,47% der Einwohnerzahl - und ist damit höher als in den meisten anderen Städten der Umgebung. Im Kreis weisen nur die Städte Iserlohn, Hemer und Menden höhere Quoten auf.

Sozialhilfe zu empfangen ist nicht nur für viele Betroffene ein hartes Los - die gewaltigen Aufwendungen belasten über die Kreisumlage die Haushalte der Städte enorm! Also demnächst noch weniger Geld für Kindergärten, Schulen, Sport und Kultur?

Dringend Zeit, etwas zu tun! Die Sozialpolitik vor Ort muß sich der Situation stellen und ihre Aufgaben erweitern! Was wir für Kierspe wollen ist, daß

mehr Menschen als bisher wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Oskar Lafontaine sagt dazu: „Man darf die Menschen nicht daran gewöhnen, in Abhängigkeit von der Sozialhilfe leben zu müssen.“ Darum muß die Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Sozialamt, dem Arbeitsamt und den im Märkischen Kreis gegründeten Arbeitsförderungsgesellschaften intensiviert werden.

Die SPD-Fraktion will daher in den nächsten Monaten das Thema „Beschäftigungsförderung für Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose“ verstärkt auf die Tagesordnung von Sozialausschuß und Rat bringen.

Oberstes Ziel muß dabei sein, daß das Sozialamt aus der Gesamtzahl der Sozialhilfeberechtigten einen Kreis von Personen zusammenstellt, die sich für eine Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis eignen. Diese Personen soll dann die Stadtverwaltung an die neuen Arbeitsförderungsgesellschaften im Märkischen Kreis vermitteln (z. B. an START - GmbH und demnächst auch an MAATWERK)!

Am besten wäre es -und das wollen wir beantragen-, wenn im Rathaus einem Mitarbeiter dieser Gesellschaft ein Büro zur Verfügung gestellt wird, damit bei der Vermittlung für alle Beteiligten die Wege möglichst kurz werden!

Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, daß ein solcher Ansatz tatsächlich erfolgreich sein kann.

Ulrich Duffe  
Fraktionsvorsitzender

Heidelinde Wieland  
Sozialausschußvorsitzende



## Rettet die Rente oder

### Die soziale Rentenversicherung braucht neues Vertrauen.



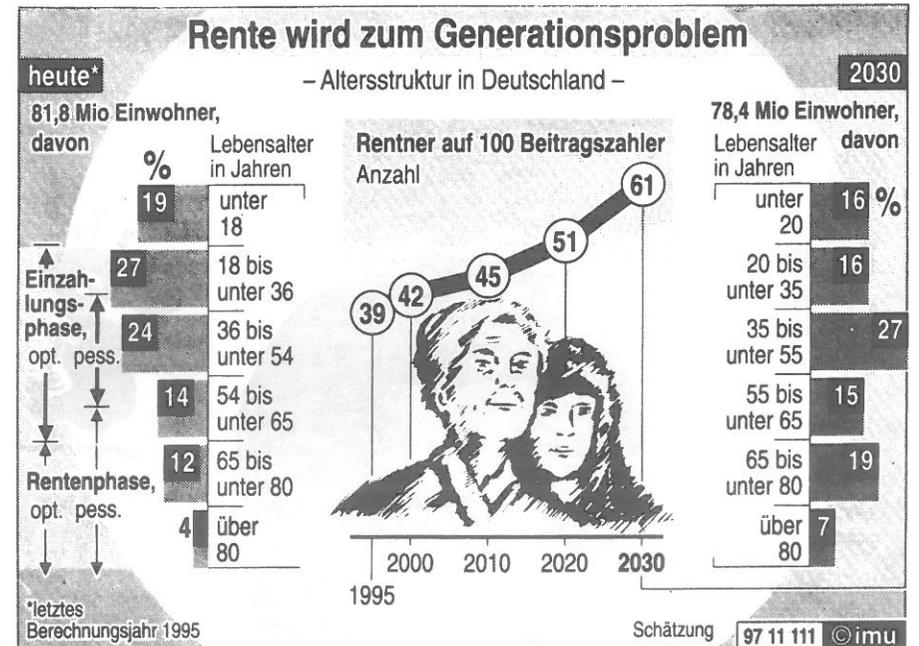
Der Generationenvertrag zur Absicherung des Lebensunterhaltes im Alter ist ins Gerede gekommen. Die steigenden Beiträge zur Rentenversicherung werden bei den jungen Menschen immer weniger akzeptiert, weil sie trotz hoher Belastungen ihres Einkommens kaum Aussicht haben, am Ende ihres Erwerbslebens eine halbwegs akzeptable Gegenleistung zu erhalten.

Die Gründe für diese ungünstige Entwicklung liegen in der Massenarbeitslosigkeit, der verschärften Globalisierung und nicht zu letzt in der verhängnisvollen Belastung der Rentenversicherung mit versicherungsfremden Leistungen wie Familienförderung, Lasten aus der Wiedervereinigung, Fremdrenten etc. Mit dem Erreichen der 20 % Marke hat der Rentenbeitrag einen erheblichen Anteil an der Explosion der Lohnnebenkosten. Hohe Lohnkosten führen wiederum zu weiterer Arbeitslosigkeit und entziehen so dem Rentensystem zusätzliche dringend benötigte Beitragszahler.

Der Kohlregierung fällt in diesem Zusammenhang nichts anderes ein, als die Renten zu kürzen. Anstatt die wahren Ursachen anzugehen, geht es jetzt an das Eingemachte. Die CDU will das Rentenniveau auf 64 % senken, das Risiko der Invalidität faktisch privatisieren und unter anderem die besonderen Belastungen der Schwerbehinderten nicht mehr berücksichtigen. Mit dieser Politik beschädigt die Koalition das notwendige Vertrauen der jungen Generation in die Rentenversicherung im Kern.

Der Sozialstaat ist auf eine robuste und wachsende, zugleich mehr und mehr ökologisch ausgerichtete Basis angewiesen. Er braucht nicht zuletzt einen starken und anpassungsfähigen industriellen Sektor, denn ohne produzierendes Gewerbe, wird die Dienstleistungsgesellschaft zur Seifenblase. Die Belastung der Arbeit mit Steuern und Abgaben aus gesamtstaatlichen Aufgaben muß deshalb dringend zurückgeführt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu erhalten.

Dies bedeutet, daß auch jene Bevölkerungsgruppen Beiträge in die sozialen Sicherungssystemen zahlen, die bis heute auf Grund ihres persönlichen oder beruflichen Status außen vor bleiben.



Unsere Position war und ist: Wir müssen den Sozialstaat und damit zugleich auch die Rentenversicherung schnell so reformieren, daß er in der Zukunft für diejenigen, die ihn brauchen, voll funktionsfähig bleibt. Die SPD will Strukturen verändern, damit das zentrale Anliegen der Verlässlichkeit des Sozialstaates und der zentrale Wert der Gerechtigkeit Bestand haben.

Hier gilt das Zitat: „Chancengleichheit und Gerechtigkeit bedeuten nicht, daß alle Äpfel pflücken dürfen, sondern der Zwerg erhält eine Leiter.“

Bernd Windisch  
AfA-Vorsitzender

# RÄTSEL

Welcher SPD Politiker schaut hier Weihnachten 1963  
hoffnungsvoll auf das Jahr 1998



Lösungshilfe: Er ist Stellvertreter des Bundespräsidenten.  
Wenn Sie es noch nicht wissen: Er war Opernballbesucher.  
Allerletzter Hinweis für alte 68er: Er war einmal JUSO-Vorsitzender.

# AUS KIERSPE FÜR DIE SPD IM

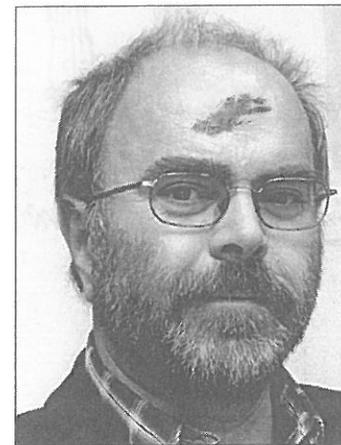
## LANDTAG



IRMGARD SCHMID  
AM HEDBERG 21  
TEL.: 3895



## UND IM KREISTAG



ULRICH DUFFE  
SCHMIEDESTASSE 19  
Tel.: 3919



ANGELIKA KÜSSNER  
GOETHESTASSE 63  
TEL.: 6552



Der RAUK Herausgegeben von der SPD Kierspe

Verantwortlich: Karl-Heinz Kraus, Husarenweg 2  
Gestaltung: Petra Crone & Karl-Heinz Kraus